



Grünes Licht für Kasseler Linien

KVG kann mit der Liniennetz-Reform beginnen



Die Kasseler Linien können starten: Gemeinsam mit der SPD und der Liberalen Liste haben die Grünen der Liniennetzreform der KVG grünes Licht erteilt. „Das neue Netz ist besser an die Nachfrage angepasst“, fasste Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der grünen Fraktion, die Eckpunkte zusammen. „Takte werden dort verdichtet, wo heute die Nachfrage sehr hoch ist. Und ja, das heißt auch, die Takte werden dort ausgedünnt, wo wenig Nachfrage ist.“

Entwurf, Dialog, Ergebnis

Im Mai 2015 hatte die Stadt Kassel die Kasseler Verkehrs-Gesellschaft mit der Reform ihres ÖPNV-Liniennetzes für Busse und Straßenbahnen beauftragt. Denn nach 30 Jahren war es aus Sicht der Verantwortlichen an der Zeit, das Kasseler Liniennetz umfassend zu reformieren und nicht nur punktuell anzupassen. Im Juli 2015 legte die KVG ihren ersten Entwurf vor und startete mit dem Beteiligungsprozess, der bis Februar 2016 lief.

Zwischen März und Mai 2016 erfolgte die Überarbeitung des Entwurfs. Die Ortsbeiräte wurden von Mitte Juni bis Anfang September angehört. Parallel dazu wurde die Liniennetzreform mit den Fachämtern, Behörden und den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt. Weitere Infos gibt es unter www.kasselerlinien.de.

Die Anregungen und Bedenken der Bürger*innen haben laut Eva Koch die Qualität der Reform erheblich verbessert. Sie sind das Ergebnis der umfassendsten Bürgerbeteiligung, die es jemals in Kassel gab (siehe Kasten).

Vorteile überwiegen

Die Kritik der Opposition und gerade der Linken Fraktion an der Bürgerbeteiligung kann sie nicht nachvollziehen. Denn nicht jede Anregung, jeder Vorschlag, jeder Bürgerwille könne erfüllt werden. Der städtische Nahverkehr in Kassel wird jährlich mit einem zweistelligen Millionenbetrag bezuschusst, was die Grünen absolut richtig finden. „Wir müssen beim Betrieb des Netzes wie allgemein beim Wirtschaften im städtischen Haushalt auch auf die Effizienz achten. Denn wir brauchen Geld für viele kommunale Aufgaben“, machte Eva Koch deutlich und nannte als Beispiel die dauerhafte Einstellung zusätzlicher Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen für die Kita- und Hortbetreuung.

Aus Sicht der Grünen Fraktion überwiegen beim vorliegenden Vorschlag für die Netzreform ganz klar die Vorteile. So werden zum Beispiel die Fahrgastzahlen nach Berechnungen der Uni Kassel steigen. „Sollte sich mit Anlaufen der neuen Kasseler Linien zeigen, dass Nachholbedarf besteht, stehen wir für eine Evaluation gerne bereit“, macht Eva Koch deutlich.



Eva Koch

Chance für Flughafen Calden Grüne wollen Evaluation abwarten

Kassel Airport soll nach Ansicht der Grünen eine letzte Chance bekommen, seine Existenz zu rechtfertigen. Die Freien Wähler/Piraten waren in der Stadtverordnetenversammlung mit ihrem Antrag gescheitert, sich dafür einzusetzen, den Regionalflughafen Kassel-Calden in einen Verkehrslandeplatz zurückzustufen.

Für Dorothee Köpp kommt der Antrag „zur Unzeit“, da die Koalitionsvereinbarung zwischen Grünen und CDU auf Landesebene vorsieht, in diesem Jahr den Flughafen zu evaluieren. Die Sprecherin für Haushalt, Finanzen und Städtische Beteiligungen wies darauf hin, dass sich durch ein touristisches Flugangebot sowie zusätzliche Flüge im Frachtbereich neue Perspektiven ergeben haben, die es zu nutzen gelte, ehe über das Schicksal des Airports entschieden werde.



Dorothee Köpp

„Wir Grüne sperren uns nicht gegen einen Erfolg des Flughafens, sondern wären froh darüber“, betonte Dorothee Köpp und ergänzte: „Gelingt es dem Flughafen aber nicht, auf der Basis dieses attraktiven Flugangebotes einen dauerhaften Flugbetrieb zu etablieren, so besteht auf der Ebene der Landesregierung insoweit Einigkeit, dass sein Betrieb als Regionalflughafen gescheitert ist.“

Dann werde es unweigerlich zur Zurückstufung zum Verkehrslandeplatz kommen. Das habe Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) deutlich gemacht. „Dem können wir hier und heute mit einem Antrag im Kasseler Stadtparlament selbstverständlich nicht vorgreifen.“





Perspektive sichern Sozialcharta für Belgische Siedlung

Die Belgische Siedlung braucht einen sozialverträglichen Eigentümerwechsel, damit das geschützte Ensemble im Herzen Wehlheidens dauerhaft gesichert wird. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hat das Bieterverfahren abgeschlossen und wird nun die Käufer ermitteln. Die grüne Fraktion unterstützt die Zusage einer Sozialcharta. „Wir brauchen einen zuverlässigen Investor, der das Ensemble im städtischen Umfeld saniert und mit den Mieter*innen eine gute Perspektive sichert. Denn diese haben in den vergangenen Jahren immer wieder und mit viel Herzblut die Gebäude in Stand gehalten und sich

um das Areal gekümmert. Diese gewachsene Sozialstruktur stellt einen hohen Wert dar. Die BImA sollte beim Verkauf auf diese Aspekte der kommunalen Verantwortung achten“, sagt der Stadtverordnete Boris Mijatovic.

Die Entscheidung der BImA zum abgeschlossenen Bieterverfahren wird in den nächsten Tagen erwartet. Neben der landeseigenen GWH Wohnungsgesellschaft hatten auch regionale Investoren und bundesweite Akteure geboten.



Boris Mijatovic

Integrieren statt ausgrenzen Gegen völkisch-autoritäres Gedankengut

Die Grüne Fraktion findet es falsch, den Namen der Branner-Brücke beizubehalten. Denn der frühere Kasseler Oberbürgermeister Karl Branner taugt aus Grüner Sicht nicht mehr als Vorbild. Historiker hatten dessen Verstrickung in das nationalsozialistische Regime aufgedeckt.



Dieter Beig

„Wir respektieren jedoch die demokratische Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2015“, sagte der Vorsitzende der Grünen Fraktion, Dieter Beig. Die hatte sich dafür ausgesprochen, den Namen beizubehalten und mit einer Tafel über Branners Vergangenheit zu informieren. Man kön-

ne, so die Grüne Position, eine Abstimmung nicht so lange wiederholen, bis einem das Ergebnis passt. Freie Wähler/Piraten waren mit ihrem Antrag zur Umbenennung gescheitert.

Für Dieter Beig geht die heutige Gefahr für die Demokratien in Europa weniger von den sogenannten Alt-Nazis aus. „Wir sollten deshalb unser Augenmerk darauf legen, dass die politischen Kräfte in Kassel mit ihren völkisch-autoritären Zielen kein Gehör finden werden.“ Niemand dürfe wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt werden: integrieren statt ausgrenzen. „Tragen wir dazu bei, dass der soziale Frieden in unserer Stadt erhalten bleibt.“

Meilenstein erreicht

Standort für documenta-Institut

Das documenta-Institut soll an der Uni Kassel entstehen. Die Kasseler Grünen tragen die Entscheidung für den Bau am Holländischen Platz mit. „Kein Standort hat nur Vorteile, aber in der Abwägung der Argumente spricht vieles für diesen Standort. Die Fläche ist verfügbar und eine Lösung für die wegfallenden Parkplätze ist realisierbar“, erläuterte der kulturpolitische Sprecher der Grünen, Gernot Rönz, die Entscheidung. „Vor allem aber wird das documenta-Institut interdisziplinär forschen, und hier ist die Nähe zur Universität ein ganz gewichtiges Argument. Wenn als Nebeneffekt der Platz und die unmittelbare Nähe eine Aufwertung erfährt, dann ist das auch im Interesse der Stadt.“

Den CDU-Antrag zum Standort hinter dem Dock 4 haben die Grünen „mit guten Argumenten abgelehnt“. Die Stadt hatte den Standort schon vor Jahren untersucht. Er wäre nur realisierbar, wenn alle anderen Kulturinitiativen – inklusive Open-Air-Kino – dafür an diesem Ort aufgegeben würden. „Ohne Not hätten wir die Situation für die freie Kulturszene erheblich verschärft. Das kann und sollte sich die Stadt Kassel nicht leisten.“



Gernot Rönz

Mit der Standortentscheidung ist ein wesentlicher Meilenstein erreicht. Nun gilt es laut Gernot Rönz, sehr schnell eine fertige Konzeption für die zukünftige Ausrichtung des Instituts zu erarbeiten. Dabei könne ein neu berufener international besetzter Beirat hilfreich sein. „Wünschenswert wäre es, wenn die CDU wieder auf die gemeinsame Linie einschwenkt, damit das zukünftige documenta-Institut ein Erfolg wird. Der Bund und das Land haben 18 Millionen Euro an Unterstützung zugesagt, diese Chance sollten wir nun nutzen.“



Fraktion im Rathaus

Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel

☎ 0561 7871294, fraktion@gruene-kassel.de

www.gruene-fraktion-kassel.de